

## B E S C H L U S S V O R L A G E

**BV-0035/2013**  
**öffentlich**

Amt:	Hauptamt/Finanzen
Bearbeiter:	Fricke

Datum:	13.03.2013
Aktenzeichen:	

Gremien:	Datum:	TOP:	Beschlussvorschlag:			Abstimmungsergebnis:		
			angen.	abgel.	geänd.	angen.	abgel.	enthal.
Hauptausschuss	28.03.2013		x	-	-	4	0	2
Gemeinderat	04.04.2013		x	-	-	17	0	0

vom Mitwirkungsverbot nach §31 GO LSA betroffen:

Mitzeichnung der Ämter:			
Hauptamt / Finanzen (HA/FIN)	Bau- und Serviceamt (BS)	Unternehmerbüro (UB)	Eigenbetriebe (EB)

**Gegenstand der Vorlage:**

Kommunalverfassungsbeschwerde gegen das Gesetz zur Änderung des Kinderförderungsgesetzes

**Der Gemeinderat beschließt die grundsätzliche Bereitschaft zur Beteiligung an einer Kommunalverfassungsbeschwerde gegen das Gesetz zur Änderung des Kinderförderungsgesetzes.**

Keindorff

Siegel

Mit Rundschreiben vom 12. Februar 2013 hat der Städte- und Gemeindebund Sachsen-Anhalt (SGSA) mitgeteilt, die Erfolgsaussichten einer Kommunalverfassungsbeschwerde gegen das Gesetz zur Änderung des Kinderförderungsgesetzes (KiföG) prüfen zu lassen, sofern die Bereitschaft der Mitglieder zu einer solchen Klage besteht. Die Einzelheiten können aus dem Rundschreiben entnommen werden, das der Beschlussvorlage als Anlage beigefügt ist.

Mit dem Rundschreiben soll zunächst allein die Bereitschaft der Städte und Gemeinden an einer Kommunalverfassungsbeschwerde abgefragt werden. Soweit sich genügend Mitglieder des SGSA dazu bereitfinden, ist beabsichtigt, ein Gutachten zur Klärung der Erfolgsaussichten in Auftrag zu geben. Der SGSA wird über die diesbezüglichen Kosten informieren und sodann eine verbindliche Beteiligung abfragen. Die Entscheidung darüber obliegt dem Gemeinderat.

**Aus terminlichen Gründen wurde dem SGSA bereits die grundsätzliche Bereitschaft der Gemeinde Barleben zur Beteiligung an der Kommunalverfassungsbeschwerde signalisiert.**

**Rechtsgrundlage  
§ 44 Abs. 3 Nr. 22 GO LSA**

Kosten der Bearbeitung in EUR	<b>«50,00 Euro»</b>
-------------------------------	---------------------

**Kosten der Maßnahme**

JA       NEIN

1) Gesamtkosten der Maßnahmen (Beschaffungs-/Herstellungskosten)  Siehe Sachverhalt€ 5.000	2) Jährliche Folgekosten/ -lasten  €	3) Finanzierung  Eigenanteil Objektbezogene Einnahmen  (i. d. R.= (Zuschüsse/ Kreditbedarf) Beiträge)  €                      €	4) Einmalige oder jährliche Haushaltsbelastung (Mittelabfluß/Kapitaldienst/Folgelasten oder kalkulatorische Kosten)  €
--	---	---	---

im Ergebnishaushalt  <input type="checkbox"/> x JA <input type="checkbox"/> NEIN	im Finanzhaushalt  <input type="checkbox"/> JA <input type="checkbox"/> NEIN	betreffende Buchungsstelle
---	---	-------------------------------

**Anlagen**

Rundschreiben des SGSA vom 12.02.2013